

Antikriegstag 2017

Redebeitrag von pax christi (Reinwald)

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde.

60 Millionen Menschen sind auf der Flucht.

95 Prozent davon fliehen vor Krieg, Bürgerkrieg und Waffengewalt.

Für andere ist der Krieg ein Geschäft, ein sehr lukratives Geschäft, an dem sie sich auf Kosten von Menschenleben eine goldene Nase verdienen.

Waffenhändler haben Name und Gesicht. Es sind einige Unternehmen, die sich auf Kosten von Leid, Not und Tod der Menschen sprichwörtlich Goldene Nasen verdienen. Darauf machen wir heute und morgen an diesem bedeutungsvollen Platz mit Skulpturen der sieben Goldenen Nasen des deutschen Rüstungsexports aufmerksam.

Studierende der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kultur in Wiesbaden haben im Auftrag der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ Skulpturen konzipiert, mit denen die Friedensinitiative ihre Ziele medienwirksam sichtbar machen kann. Anstatt mit Kriegsbildern zu schockieren haben die Studierenden einen humorvollen Weg gefunden, die Schuldigen anzuklagen.

Mit sieben Goldenen Nasen klagen sie die für die tödlichen Geschäfte verantwortlichen Personen in folgenden Unternehmen an:

Heckler& Koch – Krauss-Maffei Wegmann – Thyssen Krupp Marine Systems – Rheinmetall – Airbus Defence&Space – Diehl Defence - und Daimler.

Eine Goldene Nase können sich die heute auf dem Neupfarrplatz gezeigten Profiteure des Todes nur verdienen, weil die Bundesregierung und die Parlamentsmehrheit sich bisher weigern, unsere Forderung nach einem grundsätzlichen Verbot des Exports von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern im Grundgesetz zu verankern. Und das, obwohl sich in einer aktuellen Umfrage 83 Prozent der Bevölkerung für ein solches Verbot aussprechen.

Deutschland zählt seit Jahren weltweit zu den 5 größten Exporteuren von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern. U-Boote und Kriegsschiffe,

Kampffjets und Militärhubschrauber, Panzer und Raketenwerfer, Sturmgewehre und Maschinenpistolen werden weltweit geliefert. Mit diesen Waffen wird unendlich viel Leid angerichtet. Ihr Einsatz fördert Unfrieden, verhindert Entwicklung und führt zu Eskalation von Gewalt in den Empfängerländern.

Deutsche Waffen werden zunehmend in Spannungsgebiete und an kriegsführende Staaten geliefert, sowie an Staaten, die die Menschenrechte mit Füßen treten. Wer Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter herstellt und sie exportiert, trägt Verantwortung dafür, was mit diesen Waffen geschieht.

Wer Rüstungsgüter exportiert, mit denen hier verdient und woanders Leben zerstört werden, trägt dazu bei, dass Menschen zur Flucht gezwungen werden.

Gerade die regelmäßigen Genehmigungen für die Lieferung von Kriegswaffen an Drittstaaten, also Staaten, die weder zur EU noch zur Nato gehören, stehen in einem auffälligen Widerspruch zu den politischen Grundsätzen der Bundesregierung zum Rüstungsexport. Darin hat die Bundesregierung sich verpflichtet, durch „Begrenzung und Kontrolle einen Beitrag zur Sicherung des Friedens, der Gewaltprävention, der Menschenrechte und einer nachhaltigen Entwicklung in der Welt zu leisten.“

Welch ein Hohn, denn zu den Top 10 Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte zählten im Jahr 2016 menschenrechtsverletzende Staaten wie Algerien, Ägypten, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate.

Ägypten, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate sind darüber hinaus am Krieg im Jemen beteiligt. Wir kennen die verheerenden Folgen dieses Krieges für die Zivilbevölkerung. Nach Einschätzung der Vereinten Nationen, die derzeit größte humanitäre Katastrophe der Welt. Weil viele Bombenangriffe auf die Infrastruktur zielen, haben mittlerweile 16 Millionen der 27 Millionen Einwohner keinen Zugang zu sauberem Wasser mehr. Das hat zum Ausbruch einer Cholera-Epidemie geführt, wie sie die Welt lange nicht mehr kannte: 500 000 Menschen sind infiziert, mehr als 2 000 gestorben – an einer Krankheit, die mit ein bisschen

Antibiotika meist schnell behandelt wäre. Doch die medizinische Versorgung bleibt aus: die Hälfte aller Krankenhäuser sind zerstört. Und Deutschland liefert an die Kriegsparteien Waffen, an die Vereinigten Arabischen Emirate, die an der Koalition beteiligt sind, allein im Jahr 2016 Waffen im Wert von 189 Millionen Euro, an Saudi- Arabien Waffen im Wert von 99 Millionen Euro.

Und lassen Sie mich jetzt angesichts dieser humanitären Katastrophe daran erinnern, was in unserem Grundgesetz steht:

Die Lieferung von Waffen und Rüstungsmaterialien in politische Spannungsgebiete und an Regime, die Menschenrechte grob verletzen und gewaltsam gegen Oppositionsbewegungen in einem Land vorgehen, ist ein Verstoß gegen die im Grundgesetz verankerte Friedenspflicht (Artikel 26,1).

Ich zitiere Artikel 26 des Grundgesetzes: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen“

Neben den weltweit gelieferten Großwaffen muss man vor allem die seit Jahrzehnten steigende Lieferung von Kleinwaffen anprangern. Jürgen Grässlin, der seit 30 Jahren engagierte Rüstungsgegner, beschreibt die Kleinwaffen, also beispielsweise Sturmgewehre, als die gefährlichsten Waffen. Kleinwaffen sind weltweit für mehr Tote, Verletzte und Flüchtlinge verantwortlich als jede andere Waffenart. Man schätzt, dass Jahr für Jahr mindestens eine halbe Million Menschen durch Kleinwaffen zu Tode kommen. Neben der global verbreiteten sowjetisch-russischen Kalaschnikow ist hier ein deutsches Fabrikat besonders gefragt, das G3 von Heckler & Koch. Dieses Gewehr wird von Regimen und Militärmächten eingesetzt, die nicht in den Besitz dieser Waffe kommen sollten, zum Beispiel schießt der IS deutsch.

Mit der Lieferung von Waffen oder mit der Erteilung von Produktionslizenzen gibt man die Wanderung von Waffen ab. Denn Waffen wandern, sie suchen sich ihre Kriege.

Das G3 Gewehr gehört heute in mehr als 50 Ländern zur Standardausrüstung von Streitkräften. Die massenhafte Verbreitung dieses Gewehrs und ihre leichte Verfügbarkeit tragen dazu bei, dass die Hemmschwelle für ihren Einsatz sinkt und die Sicherheit von Menschen

permanent bedroht ist. Kleinwaffen tragen zur Verschärfung von Kriegen und gewaltsam ausgetragenen Konflikten bei – eine Hauptursache für Flucht und Vertreibung.

Der Umgang mit Kleinwaffen ist schnell zu erlernen, sie sind leicht zu transportieren und einfach zu bedienen. Diese Qualitäten ermöglichen die Rekrutierung von Kindern als Soldatinnen und Soldaten.

In Kolumbien, in Mali, Nigeria, Libyen, im Sudan, im Kongo, in Somalia, im Jemen, im Libanon, in Syrien, in Israel/Palästina, im Irak, in Afghanistan, Pakistan, Indien, Myanmar, Thailand und auf den Philippinen werden laut Bericht des UN- Generalsekretärs Kinder missbraucht und als Soldatinnen und Soldaten eingesetzt.

Die Vereinten Nationen fordern daher, dass eine Strategie zur Bekämpfung der Rekrutierung von Kindern als Soldatinnen und Soldaten immer auch Initiativen zur verbesserten Waffenkontrolle beinhalten muss.

Fragen wir also die Kandidaten für die Bundestagswahl, wie sie zu den Rüstungsexporten aus Deutschland stehen, die in vielen Fällen grundgesetzwidrig sind und totsicher zur Verschärfung von Konflikten, zur Zerstörung von Städten und ganzen Landstrichen, zu millionenfachen Tod, zu Vertreibung und Flucht führen. Dabei wäre die schnellste und wirksamste Bekämpfung von Fluchtursachen das strikte Exportverbot von Waffen und Munition.

Deshalb kämpfen wir dafür und wir müssen einen langen Atem haben, dass unsere Grenzen dicht gemacht werden, dicht gemacht werden, nicht für Flüchtlinge, die bei uns auf Grund von Kriegen Zuflucht suchen, sondern für den Export von Waffen, die diese Kriege erst möglich machen. Wir müssen verhindern, dass die für den Rüstungsexport verantwortlichen Goldenen Nasen, mit Unterstützung der Bundesregierung weiterhin Beihilfe zu Mord und Massenmord begehen.

Ich danke euch, dass ihr mir zugehört habt.